

MITTEILUNGEN

**Humanistische
Union**

der HUMANISTISCHEN UNION e.V.

für Aufklärung und Bürgerrechte

Wechsel an der Spitze der HUMANISTISCHEN UNION

Reinhard Mokros ist neuer Bundesvorsitzender der HUMANISTISCHEN UNION

Reinhard Mokros, Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Duisburg, ist von der 18. ordentlichen Delegiertenkonferenz zum neuen Bundesvorsitzenden der HUMANISTISCHEN UNION gewählt worden. Der 49-jährige Polizeidirektor ist Experte und bekannter Publizist im Bereich des Polizei- und Eingriffsrechts.

Nach 8 Jahren Tätigkeit als Bundesvorsitzender kandidierten der Bingerer Rechtsanwalt Dr. Till Müller-Heidelberg sowie seine langjährige Stellvertreterin, die Studienrätin a.D. und Historikerin Ingeborg Rürup, nicht mehr für dieses Amt.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurde Dr. Rosemarie Will, Professorin an der Humboldt-Universität in Berlin, benannt. Neu in den Bundesvorstand gewählt wurde Sophie Rieger, Architektin und ehemalige Abgeordnete des bayerischen Landtags. Neues Vorstandsmitglied ist auch Rechtsanwalt Ulrich Fuchs aus Miesbach, Regionalverband Südbayern. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Irmgard Koll, Prof. Dr. Fritz Sack, Bundesverfassungsrichter a.D. Dr. Jürgen Kühling und Rechtsanwalt Dr. Fredrik Roggan wurden mit großer Mehrheit wieder gewählt.

Der künftige Bundesvorstand wurde von der in diesem Jahr in München zusammengetretenen Delegiertenkonferenz beauftragt, sich neben traditionellen Bürgerrechtsfragen, vor allem der Gefährdung von Grundrechten durch überzogene staatliche Sicherheitsansprüche, verstärkt auch dem inneren Zusammenhang von sozialer Absicherung und Bürgerrechten zuzuwenden.

Ebenfalls beschlossen wurde, die Menschen- und Bürgerrechtsarbeit besser auf europäische und internationale Entscheidungsprozesse auszurichten. Damit soll der zunehmenden Verlagerung von relevanten Entscheidungskompetenzen auf diese Ebene Rechnung getragen werden.

Nils Leopold

Inhalte:

Vorstandsbericht Till Müller-Heidelberg	2
Hilfe für Gefangenenbriefkontakte	6
Kopftuchdebatte	7
Pressemitteilungen der HU	8
Diskussionsredaktion	9
Service (Ortsverbände, Termine)	11
Karikaturenwettbewerb	12
Impressum	12

Danke für das Vertrauen!

Am 13. September 2003 wählten mich die Delegierten mit großer Mehrheit zum Bundesvorsitzenden der HUMANISTISCHEN UNION. Das Wahlergebnis hat mich überrascht. Nach nur zweijähriger Mitarbeit im Bundesvorstand konnten mich nicht alle Delegierten kennen. Für den Vertrauensvorschuss bedanke ich mich herzlich. Ich werde versuchen, die gute Arbeit meines Vorgängers fortzusetzen.

Till Müller-Heidelberg hat wesentlich zu dem hohen Ansehen beigetragen, das die HU in Bürgerrechtskreisen und darüber hinaus genießt. Ihm sei an dieser Stelle noch einmal dafür gedankt. Als neues Mitglied unseres Beirates kann er sich noch nicht auf sein „Altenteil“ zurückziehen. Der neu gewählte Bundesvorstand hat Till Müller-Heidelberg gebeten, sich in Zukunft besonders um die Pflege der Kontakte zwischen dem Bundesvorstand und dem Beirat zu kümmern. Auf die dringenden Probleme unserer Zeit können wir als kleine Bürgerrechtsbewegung nur mit Hilfe und Unterstützung unserer Beiräte angemessen und wirksam reagieren.

In den Tagen nach der Wahl habe ich Glückwünsche von Mitgliedern, Beiräten, Politikerinnen und Politikern und den Vorständen befreundeter Organisationen erhalten. Das macht mir Mut und gibt mir Zuversicht.

Die anstehenden Aufgaben kann einer allein nicht meistern. Deshalb bin ich froh, dass mich alle Vorstandsmitglieder unterstützen. Nach vielen Jahren Vorstandsarbeit hat sich Ingeborg Rürup entschlossen, nicht mehr zu kandidieren. In München äußerten viele Delegierte ihr Bedauern darüber, aber Ingeborg Rürup blieb bei ihrem Entschluss. Für ihr Engagement und den unermüdlichen Einsatz für die HU danken wir ihr alle. Nachfolgerin als stellvertretende Vorsitzende ist Rosemarie Will. Ich bin sehr froh, dass sie dieses Amt trotz ihrer vielen Verpflichtungen als Professorin übernommen hat. Neu im Bundesvorstand sind Sophie Rieger und Ulrich Fuchs. Es ist schön, dass nun auch wieder der Freistaat in Berlin vertreten ist. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind mit großer Mehrheit wieder gewählt worden. Der scheidende Vorsitzende hat in München erwähnt, wie gern er mit diesem Vorstand zusammen war. Ich kann mich dem nur anschließen. Auf den Punkt gebracht: Wir sind ein starkes Team.

Gemeinsam mit unserem Geschäftsführer Nils Leopold wollen wir das Schiff HU auch durch unruhige Gewässer bringen. Sie werden wissen, dass unsere Finanzlage nicht günstig ist und die Mitgliederzahl stagniert. Aber als Rheinländer sage ich: „Et hätt noch immer joot jejange.“ (Für die Berliner in hochdeutsch): „Es ist noch immer gut gegangen!“

Reinhard Mokros, Bundesvorsitzender der HU

Vorstandsbericht Dr. Till Müller-Heidelberg zur DK 2003 (Auszüge)

Die letzte DK im September 2001 in Berlin war verbunden mit dem 40-jährigen Jubiläum der HU. [...] Was hat sich seither getan?

1. Inhaltliche Aktivitäten des scheidenden Bundesvorstandes

Zunächst hat der Vorstand sich mit den Aufträgen der letzten DK befasst. So wurde u.a. auf Anregung von Dietrich Schade und Nils Leopold eine Arbeitsgruppe Bioethik/Genforschung ins Leben gerufen, die erste Zwischenergebnisse auf dem Verbandstag im letzten Jahr präsentiert hat, seither aber wohl etwas eingeschlafen ist.

Ein weiteres Thema war die Forderung, insbesondere von Klaus Scheunemann, die Bildung wieder zum HU Thema zu machen. Diesmal ist es gelungen. Im Frühjahr diesen Jahres hat die HU, vertreten insbesondere durch Ingeborg Rürup, gemeinsam mit dem Komitee und der Gustav-Heinemann-Initiative einen Bildungskongress in Berlin durchgeführt. Schade, dass dabei wohl nur ein oder zwei HU-Mitglieder gesichtet wurden, die nicht aus Berlin stammten!

Und schließlich hatte die letzte DK auf Antrag von Gerhard Saborowski beschlossen, als Gegengewicht zu den kirchlichen Essener Gesprächen durch die HU die Berliner Gespräche zur Trennung von Kirche und Staat ins Leben zu rufen. Dies ist dank des Engagements und der Fähigkeiten - und es sei nicht verschwiegen: Dank seines Namens und seines Titels - mit Jürgen Kühling gelungen. Am 1./2. November 2002 haben die Berliner Gespräche zur Religion, Weltanschauung, Staat und Gesellschaft in der Wissenschaftsakademie in Berlin stattgefunden - wer daran teilgenommen hat, war begeistert. Zum Thema Kirche und Arbeitsrecht waren unter den Teilnehmern vier amtierende Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, viele ehemalige Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesarbeitsgerichts, Arbeitsrechtprofessoren, der DGB, ein katholischer Prälat, Beirats- und Vorstandsmitglieder der HU vertreten. Gegenwärtig ist Jürgen Kühling mit der Publizierung dieser Tagung befasst. Und da es ihm gelungen ist, verschiedene Töpfe anzuzapfen - was wohl kein Schatzmeister geschafft hätte - entstand und entsteht hierdurch keine nennenswerte finanzielle Belastung der HU. Die nächsten Berliner Gespräche im Herbst kommenden Jahres werden sich möglicherweise mit der staatlichen Finanzierung und den kirchlichen Privilegien befassen oder mit der Frage, wie sehen eigentlich Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften selbst ihre Position zum Staat. Herzlichen Dank an Jürgen Kühling, der auch hierfür wieder die Verantwortung übernommen hat.

Die weiteren Aktivitäten der vergangenen zwei Jahre seien in lockerer Folge und unsystematisch aufgezählt:

- Die vor einigen Jahren begonnenen jährlichen Bürgerrechtstreffen mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Gustav-Heinemann-Initiative und der Internationalen Liga für Menschenrechte wurden und werden fortgeführt; möglicherweise entwickelt sich hieraus auch eine engere Zusammenarbeit von HU und GHI mit Synergieeffekten.

- Im Forum Menschenrechte waren wir insbesondere durch Ingeborg Rürup und mich vertreten und prägten dessen Arbeit und Verlautbarungen im Bereich „Innere Sicherheit“ und „Freiheitsrechte“.

- Mit Fredrik Roggan sind wir inzwischen Mitveranstalter des Big Brother Award.

- Auf einer Veranstaltung der Bertelsmann-Stiftung am 08. April dieses Jahres zum Akteinsichtsrecht habe ich für die HU auf dem Podium teilgenommen.

- Mit einem von unserem Mitglied Dr. Helmut Kramer entworfenen Schreiben haben wir uns im Rahmen einer Anhörung an das Bundesjustizministerium gewandt, um eine Änderung des Rechtsberatungsgesetzes zu erreichen, damit uneigennützig Rechtsberatung etwa von Kriegsdienstverweigerern, Demonstranten, Gefangenen, NS-Opfern u.s.w. künftig straffrei wird.

- Für die Aufhebung des von Otto Schily verhängten PKK-Verbots haben wir uns schriftlich und durch Teilnahme der Person von Jürgen Kühling an einer Veranstaltung stark gemacht.

- Nils Leopold führt für die HU einen Musterprozess gegen die private Videoüberwachung der Firma Dussmann in Berlin auf öffentlichen Gehwegen.

- Im Juli 2003 hat die HU Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt gegen das Gesetz über die Zulässigkeit des IMSI-Catchers im Strafprozess; Rosi Will hat die Verfassungsbeschwerde ausgearbeitet und fungiert als Prozessbevollmächtigte.

- Im März 2003 haben Reinhard Mokros und ich an einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten deutsch-französischen Treffen von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen teilgenommen (übrigens auf private Kosten), um Kontakt mit entsprechenden französischen Partnerorganisationen zu finden; leider mit nur sehr eingeschränktem Erfolg.

- Rosi Will erarbeitet eine Neufassung unserer seit 1976 auf dem Markt befindlichen Patientenverfügung. Ein großer Schritt vorwärts ist hier in der Juristerei und auch in der öffentlichen Diskussion erreicht worden durch ein Urteil des BGH vom 19. März diesen Jahres. Hierin hat der BGH ausdrücklich ausgeführt - wie schon unser früherer Bundesvorsitzender Prof. Dr. Ulrich Klug in einer Anhörung vor dem Bundestag im Jahre 1985 - dass es zur durch Artikel 1 Grundgesetz geschützten Menschenwürde gehört, dass jeder Patient auch selbstbestimmt über seinen gegebenenfalls menschenwürdigen Tod entscheiden kann und dass der in einer Patientenverfügung geäußerte Wille für den Arzt und alle anderen Beteiligten verbindlich ist. [...]

- Unter Federführung der IALANA hat sich die HU gemeinsam mit der IPPNW an einer Aktion beteiligt, die Friedensstaatlichkeit der EU in der neuen EU-Verfassung zum Ausdruck zu bringen. [...] Es ist gelungen, in der Präambel und in Artikel 3 als Ziel der Union den Frieden aufzunehmen und in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Artikel III-205 nicht nur auf

militärische Mittel abzustellen, sondern *davor* zivile Mittel, humanitäre Aufgaben, Aufgaben der Konfliktverhütung und Erhaltung des Friedens zu nennen.

Auch ist in Artikel III-188 über die allgem. Bestimmungen des auswärtigen Handelns der Union „Die Achtung des Völkerrechts gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen“ festgeschrieben, und die humanitäre Hilfe hat einen eigenen umfangreichen Artikel III-218 erhalten, der in seinem Absatz 2 wiederum auf die Grundsätze des humanitären Völkerrechts verweist.

- Last but not least sei der Grundrechtreport wieder einmal erwähnt, dessen 7. Band im Mai dieses Jahres erschienen ist und der federführend von mir verantwortet wird und inzwischen von insgesamt 7 Bürgerrechtsorganisationen gemeinsam herausgegeben wird.

Daneben haben wir eine Reihe von Tagungen und Veranstaltungen durchgeführt oder daran mitgewirkt.

- Am 06. Mai 2002 fand gemeinsam mit dem Institut für Recht und Politik in Berlin eine Völkerrechtstagung statt unter Mitwirkung von Nils Leopold und Katharina Ahrendts.

- Im Juni letzten Jahres haben wir den Verbandstag in Düsseldorf durchgeführt mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Hauptrednerin sowie einem Polizeidirektor des Landeskriminalamts zum Thema „Abschied vom Grundgesetz“.

- Im November 2002 hat der Bundesvorsitzende der HU auf dem internationalen IALANA-Kongress in Marburg ein Referat über die deutschen Terrorismusgesetze gehalten.

- Im März 2003 hat die HU gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin unter Federführung von Frederik Roggan eine Tagung „Sicherheit vor Freiheit - sind wir auf dem Weg in einen Polizeistaat?“ veranstaltet.

- Am 16. Juli 2003, dem 100. Geburtstag von Fritz Bauer, haben wir im Eisenhowersaal des IG Farben-Hauses in Frankfurt in einer gutbesuchten Veranstaltung mit mehr als 100 Teilnehmern den Fritz-Bauer-Preis an Dieter Schenk verliehen, einen ehemaligen BKA-Direktor, für seine polizeikritischen Stellungnahmen und seine Aufarbeitung der NS-Schichte im BKA sowie der NS-Verbrechen in Polen. Die Preisrede hielt Ingeborg Rürup, die Laudatio der stellvertretende polnische Generalstaatsanwalt Witold Kulesza.

- Anfang November diesen Jahres beginnt die HU gemeinsam mit der Raschplatz-Pavillon-Initiative in Hannover eine Reihe über Sicherheit und Freiheit u.a. auch mit einem bundesweiten Karikaturenwettbewerb zu diesem Thema. [...]

- Und am 29./30. November wird in Berlin gemeinsam von HU / Friedrich-Ebert-Stiftung / Humanistischer Verband eine Tagung zum menschenwürdigen Sterben und zur Patientenverfügung mit Rosi Will und mir durchgeführt werden.

Neben all diesen Aktivitäten jedoch waren die beiden Schwerpunkte der vergangenen zwei Jahre die traditionellen Themen Kirche und Staat sowie innere Sicherheit.

2. Kirche und Staat

Zum einen erwähne ich hier zum wiederholten Male die von Jürgen Kühling geleiteten Berliner Gespräche zur Religion, Weltanschauung, Staat und Gesellschaft.

Ebenfalls hat die HU sich beteiligt mit Friedrich-Ebert-Stiftung und Humanistischer Verband Deutschland am 1. Dezember letzten Jahres an einer Tagung in Berlin zum Thema „200 Jahre Reichsdeputationshauptschluss von 1803“.

Weiter haben wir uns beteiligt an der Kopftuchdebatte mit einer im wesentlichen von Jürgen Kühling ausgearbeiteten Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde der Lehrerin Fereshta Ludin. [...] Bei Beginn der Debatte schien eine große Kontroverse im Bundesvorstand zu erwarten - schlussendlich haben wir aber mit großem Konsens eine einhellige Position gefunden: Zwar fordert das Grundgesetz die staatliche Neutralität in religiösen Angelegenheiten, weshalb das Kruzifix im Klassenzimmer nichts zu suchen hat; wir haben bekanntlich mit Engagement die Kruzifixentscheidung des Verfassungsgerichts verteidigt. Die Kleidung einer Lehrerin ist aber keine staatliche Veranstaltung, sondern Ausdruck ihrer persönlichen religiösen Entscheidung. Solange die Lehrerin ihre Schüler und Schülerinnen nicht missioniert, muss es ihr daher genauso erlaubt sein, ein Kopftuch zu tragen, wie zahllose Lehrerinnen ein Kettchen mit Kreuz tragen. Dies ist Ausfluss ihres Grundrechts auf Religionsfreiheit und dokumentiert auch in der Schule, dass es in diesem Staate nicht nur Christen gibt, sondern auch andere Religionen; es fördert die Toleranz.

„Die Kleidung einer Lehrerin ist aber keine staatliche Veranstaltung, sondern Ausdruck ihrer persönlichen religiösen Entscheidung.“

Schließlich haben wir uns auch in die Diskussion eingemischt, ob Gott in die EU-Verfassung gehört. Irmgard Koll hat für den Vorstand dazu einen Brief an die Bundesregierung und an die deutschen Mitglieder im Verfassungskonvent geschrieben.

Entgegen der Präambel des Grundgesetzes („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“) findet sich in der Präambel der EU-Verfassung jetzt lediglich der Satz: „Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas...“ damit können wir gut leben. Und wenn es in Artikel 51 der Verfassung heißt: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht,“ (und dasselbe gilt nach Abs. 2 für weltanschauliche Gemeinschaften), so gibt die EU damit den Kirchen keine Sonderrechte, sondern legt lediglich fest, dass sie sich nicht in die einzelstaatlichen Regelungen einmischt. Für die Trennung von Staat und Kirche in Deutschland müssen wir schon selbst sorgen und können nicht die EU verantwortlich machen.

Dokumentation

3. Innere Sicherheit

Der Hauptschwerpunkt unserer Arbeit lag in den vergangenen 24 Monaten sicherlich im Bereich der inneren Sicherheit. Die letzte DK fand ja unmittelbar nach dem 11. September 2001 statt, und es war bereits absehbar, was folgen würde. Die erste Aktion des Vorstandes war folglich die Versendung der von der Delegiertenkonferenz beschlossenen Presseerklärung „Verteidigt die Freiheit - Verteidigt den Rechtsstaat“. Dies blieb das Motto aller anschließenden Aktivitäten. [...]

„Der Hauptschwerpunkt unserer Arbeit lag in den vergangenen 24 Monaten sicherlich im Bereich der inneren Sicherheit.“

Auf der Basis eines Entwurfs von Nils Leopold haben wir uns in einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten gewandt insbesondere zum Thema biometrische Angaben in Ausweispapieren. Das Forum Menschenrechte wandte sich auf der Basis im wesentlichen unserer Formulierungen an alle Bundestagsabgeordneten. Ein umfangreiches Bürgerrechtsnetzwerk wurde weitgehend von der HÜ-Geschäftsstelle koordiniert und führte vielfältige Aktionen und Schreiben durch. An der Anhörung im deutschen Bundestag am 30.11.2001 zum sogenannten Terrorismusbekämpfungsgesetz nahm für die HÜ deren Bundesvorsitzender Stellung; unter den weiteren Sachverständigen befanden sich die HÜ-Beiratsmitglieder Prof. Dr. Denninger, Prof. Dr. Garstka und Prof. Dr. Kutscha. Mit der Vorsitzenden der amerikanischen Bürgerrechtsorganisation ACLU Nadine Strossen führten wir Veranstaltungen in Berlin und Freiburg durch. Der Grundrechtreport 2002 hatte diesen Schwerpunkt - und war kurz nach Erscheinen vergriffen. Im Mai 2002 habe ich als Gastredner auf dem Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin gesprochen und einen Schwerpunkt auf den Sündenfall der Grünen mit Verabschiedung der „Sicherheitsgesetze“ gelegt. Zum 11. September 2002 erschien das Vorgänge-Heft Nummer 159 „Freiheitsrechte in Zeiten des Terrors“, weitgehend von der HÜ mitgestaltet. Ebenfalls zum Jahrestag des 11. September und im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 richteten HÜ, Komitee und GHI ein gemeinsames Memorandum an die neuzuwählenden Bundestagsabgeordneten mit einem Aufruf zur Umkehr und der Forderung, als erstes die neuen „Sicherheitsgesetze“ wieder aufzuheben, abgedruckt in den Mitteilungen Nummer 179. Am 30.8./1.9. 2002 nahm Fredrik Roggan für den Bundesvorstand in Hannover an dem Kongress „Ein Jahr Krieg gegen den Terror“ teil.

Bekanntlich hat dies alles im Ergebnis nicht viel geholfen, aber es hat doch wohl zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Fragen zumindest beigetragen.

Parallel dazu gehen nunmehr die Bundesländer dazu über, bei der Novellierung ihrer Polizeigesetze eine präventive Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) vorzusehen, die folglich nicht an eine Straftat oder auch nur an einen Straftatverdacht anknüpft, da sie ja präventiv ist, sondern ausufernd daran, dass (natürlich) etwas passieren *könnte*. Vorreiter war Thüringen, wo wir basierend auf der

intensiven Arbeit unseres Mitglieds Gerhard Saborowski eine kritische Stellungnahme abgegeben haben und wo unser Beiratsmitglied Prof. Dr. Kutscha an einer Landtagsanhörung teilgenommen hat.

Baden-Württemberg zog nach und wir haben auch dort wieder eine Stellungnahme abgegeben. Inzwischen hat am 1. Juli dieses Jahres eine Anhörung im bayrischen Landtag zum dortigen Entwurf stattgefunden, und ähnliche Entwürfe gibt es in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. [...]

Und last not least sei zu diesem Thema hingewiesen auf die Neuauflage unserer Inneren Sicherheit von 1994, die gar keine Neuauflage ist, sondern eine umfassende, in der Qualität wesentlich verbesserte Neubearbeitung „Innere Sicherheit als Gefahr“ als Band 23 unserer Schriftreihe. Hier gebührt unser Dank anfangs Constanze Oehlich und dann insbesondere Sebastian Schiek sowie in der Schlussphase Nils Leopold. Dieser Band wurde von der Holtfort-Stiftung zu einem großen Teil mitfinanziert.

4. Ein Resümee

Nach dieser Revue über die letzten zwei Jahre sei mir ein etwas umfassenderer Rückblick gestattet, da ich bekanntlich nicht erneut als Bundesvorsitzender kandidieren werde.

Ich kam 1976 zur HÜ, als in Niedersachsen ein neues Verfassungsschutzgesetz beraten wurde. Zu den ersten Kontaktpersonen zählten Gerhard Saborowski, Jürgen Seifert, Werner Holtfort. Seither bin ich fast ununterbrochen nicht nur Mitglied, sondern aktiv gewesen - als Vorstand in Hannover und im Landesverband Niedersachsen, im Arbeitskreis Verfassungsschutz, als Pressesprecher des Bundesvorstandes und nun seit 16 Jahren als Mitglied des Bundesvorstandes, davon vier Jahre als stellvertretender Bundesvorsitzender und die letzten acht Jahre als Bundesvorsitzender. Ich denke daher, jeder muss Verständnis dafür haben, wenn ich meine, es ist genug.

Ich bin dankbar, dass die letzte Delegiertenkonferenz mich mit einer Enthaltung bei lediglich einer Gegenstimme gewählt hat, und ich bin dankbar, dass sie gleichzeitig die acht Mitglieder gewählt hat, die die letzten 24 Monate mit mir zusammen gearbeitet haben. Bei meiner langjährigen Vorstandserfahrung darf ich sagen: Dies war mit der beste Bundesvorstand, den ich in über 20 Jahren kennen gelernt habe! Und ich bin auch dankbar dafür, dass die letzte Delegiertenkonferenz einem Wunsch von mir gefolgt ist: Ich hatte damals bereits gebeten, Mitglieder in den Bundesvorstand zu wählen, die meine Nachfolge antreten könnten.

„Wenn man nach einer so langen Zeit zurückblickt, fragt man sich natürlich, hat es sich gelohnt und wofür hast du gearbeitet.“

[...] Wenn man nach einer so langen Zeit zurückblickt, fragt man sich natürlich, hat es sich gelohnt und wofür hast du gearbeitet. Auch wenn selbstverständlich die Arbeit in der HÜ nicht immer vergnügungssteuerpflichtig war - es gab auch bittere Stunden! - so habe ich doch unwahrscheinlich viel erfahren und gelernt, bereichernde Erfahrungen gemacht, Menschen kennen gelernt, und insgesamt hat es mir bei aller Arbeit Freude bereitet.

„Was sind eigentlich die HU-Themen?“

Ich denke auch, dass meine Arbeit für die Humanistische Union (und für die Gesellschaft insgesamt) nicht unnützlich gewesen ist.

Da die Vielzahl der Themen, die die HU bearbeitet - in der Vergangenheit vielleicht noch umfangreicher als in den letzten zwei Jahren -, immer wieder die Frage aufwirft, was sind eigentlich die HU-Themen, worauf soll sie sich konzentrieren, worauf soll sie sich beschränken, habe ich auf der Delegiertenkonferenz 1997 versucht, eine Standortbestimmung der Humanistischen Union vorzunehmen (abgedruckt in Mitteilungen Nr. 160 vom Dezember 1997 sowie Sonderdruck). Bei nochmaligem Nachdenken halte ich diese Standortbestimmung weiterhin für richtig [...] Ich möchte daher die Anfangssätze der einzelnen Absätze und die Schlussfolgerung zitieren dürfen:

- „Artikel 1 des Grundgesetzes setzt an die Spitze der Verfassung den Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Und Artikel 2 fährt fort mit dem Satz „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“. Dies sind und bleiben die zentralen Sätze auch der Humanistischen Union, Sätze, unter die sich alle Aktivitäten seit der Gründung 1961 unterordnen lassen, und Sätze, an denen sich auch in Zukunft alle Aktivitäten messen lassen müssen...
- Die Entfaltung der in jedem von uns angelegten Möglichkeiten, die Selbstbestimmung eines jeden Einzelnen ist das zentrale Anliegen...
- Minderheiten, die diskriminiert werden, können ihre Persönlichkeit nicht frei entfalten. Daher rührt das Eintreten der Humanistischen Union zum Schutz jeglicher Minderheiten...
- Das Eintreten für die freie Entfaltung der selbstbestimmten Persönlichkeit hat die HU immer wieder auf den Plan gerufen, wenn die Kirchen sich staatlicher Macht bedienten, um den Bürgerinnen und Bürgern ihr kirchlich geprägtes Leitbild aufzudrängen...
- Zur freien Entfaltung der Persönlichkeit gehört auch die demokratische Mitwirkung an gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Regelungen. Daher ist die HU aufgerufen, zu demokratischen Willensbildungsprozessen ihre Meinung zu äußern...
- Die freie Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen kann nur dann gewährleistet sein, wenn der Mensch im Mittelpunkt steht. Keine gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische, rechtliche Regelung darf den Menschen lediglich als Objekt betrachten...
- Aus diesem Menschenbild entsteht die Forderung nach dem mündigen Bürger, weil nur dieser sich selbst verwirklicht, selbst bestimmt, wie er sich entwickeln und entfalten soll oder will...

- Der mündige Bürger mit dem aufrechten Gang kann seine Persönlichkeit nur selbst entwickeln - und kann im Sinne der Toleranz nur dulden, dass andere sich anders entwickeln -, wenn er in der Lage ist, selbständig und vernunftbegabt zu denken, wenn er nicht von Dogmen, Ideologien und vorgefertigten Meinungen am eigenen Denken gehindert ist. Deshalb leitet uns und unser Menschenbild das Bild der Aufklärung, wir glauben an die Kraft der Argumente...
- Die freie Entfaltung des Einzelnen findet ihre Grenze an der freien Entfaltung des anderen... Dies bedeutet nicht nur die Duldung von, sondern die Forderung nach Pluralität...
- Die freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, die ihre Grenze an der Entwicklung des Anderen findet, ist keine Ansammlung von vereinzelt, nur auf sich selbst bezogenen und sich selbst entwickelnden Persönlichkeiten... Keine Freiheit ohne Solidarität, keine Solidarität ohne Freiheit...
- Die freie Entfaltung der Persönlichkeit in Achtung der Menschenwürde eines jeden ist immer wieder bedroht - durch gesellschaftliche, durch wirtschaftliche, insbesondere aber auch durch staatliche Kräfte und Einwirkungsversuche. Deshalb - und nicht aus juristischen oder formalistischen Überlegungen - ist essenziell für die HUMANISTISCHE UNION das Eintreten für den Rechtsstaat, gegen Befugnisse und Übergriffe der Sicherheitsbehörden und umgekehrt für den Ausbau von Verfassungsrechten der Bürgerinnen und Bürger...

„Ich bin überzeugt davon, dass auch heute diese Positionen und Forderungen nicht antiquiert und überholt sind, sondern lebenswichtig für eine lebendige Demokratie.“

Zusammengefasst:

Die HUMANISTISCHE UNION tritt ein für die freie Entfaltung der Persönlichkeit in Selbstbestimmung jedes Einzelnen. Sie kämpft gegen jede Einschränkung von außen und stellt die Unantastbarkeit der Menschenwürde in das Zentrum. Die freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung unseres Zusammenlebens ist der dafür erforderliche Rahmen, der verteidigt und ausgebaut werden muss!

Ich bin überzeugt davon, dass auch heute diese Positionen und Forderungen nicht antiquiert und überholt sind, sondern lebenswichtig für eine lebendige Demokratie. Indem ich den Stab des Bundesvorsitzes weitergebe, hoffe ich daher, dass die Humanistische Union konsequent auf diesem Wege bleibt.

Dr. Till Müller-Heidelberg

Der HU-Gefangenenbriefkontakt braucht Unterstützung!

In Zeiten existenziellen Sorgen und knappem Budget gehen viele zwischenmenschlichen Beziehungen kaputt. Randgruppen haben in dieser Gesellschaft immer weniger Lobby; jeder hat seine eigenen Sorgen und Probleme. Inhaftierte spüren diese Entwicklung besonders deutlich, müssen sie doch während langer Haftdauer feststellen, dass Kontakte nach draußen permanent weniger werden. Irgendwann kommt nur noch Gerichtspost, und der Besuch bleibt auch weg. Die HU bemüht sich, hier ein wenig konkrete Hilfe zu leisten. Wir organisieren Briefkontakte von drinnen nach draussen, um die seelische Vereinsamung etwas aufzuhalten. Wegen ständiger Umstrukturierungen in den JVA's und dem Personalabbau nähern wir uns immer mehr dem Verwahrvollzug, in einigen Gefängnissen ist er schon erreicht. In den 90er Jahren gab es z.B. in der JVA Brandenburg sieben Sozialarbeiter für rund 800 Häftlinge.

Inzwischen hat der Gefangenenbriefkontakt ca. 160 Gefängnisse und Forensiken erreicht, wir müssen keine Reklame mehr machen, es spricht sich herum, wenn jemand Kontakt gefunden hat. Natürlich erwartet mancher im Stillen eine Partnerschaft, dem können und wollen wir aber nicht entsprechen. Unser Problem ist die Werbung von Außenstehenden. Unser knapper Haushalt zwingt uns,

Zeitungen um das kostenlose Abdrucken einer Annonce zu bitten. Das klappt nur in wenigen Fällen. Die taz und die Heim und Welt sind dabei treue Verbündete, aber das reicht nicht. Seit dem 1.1. diesen Jahres haben 320 Häftlinge um Kontakte gebeten, aber nur etwa 150 Leute von draußen haben ihre Hilfe angeboten. Auch wenn manche Leute mehreren Inhaftierten schreiben, fürchte ich, wir müssen diese Aktion irgendwann beenden. Das liegt weder im Interesse der HU noch in meinem eigenen Interesse.

Deshalb bitte ich alle Mitglieder um Ideen und Vorschläge, wie wir Interessierte finden können. Ich bitte die Mitglieder auch, für diese Aktion im Bekannten- und Freundeskreis zu werben. Viele dankbare Rückmeldungen zeigen uns die Notwendigkeit und den Erfolg dieser Kontakte.

So bekommen Leute, die nie mit „Knast“ zu tun hatten, „eine völlig neue Sicht auf Knast“. Andere sagen, „es bringt uns beiden Gewinn“. Und ein Häftling meinte: „Post war nie ein Thema für mich, jetzt warte ich schon immer!“. Wir wollen alles daran setzen, dieses Projekt weiter zu führen. Bitte helfen Sie mit!

Helga Engel

Meine Anzeige für Gefangene!

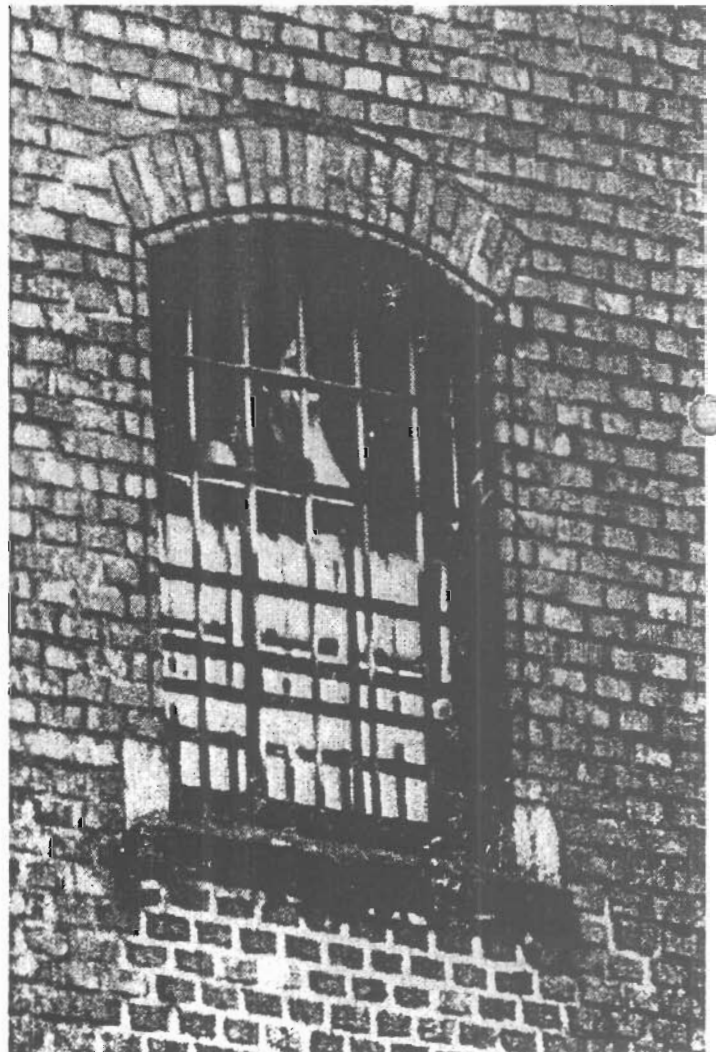
Der Gefangenenbriefkontakt braucht dringend mehr Interessierte, die sich mit Inhaftierten schreiben wollen. Die können wir nur über – kostenpflichtige – Anzeigen in Zeitschriften finden. Um uns häufiger solche Anzeigen leisten zu können, suchen wir dringend Sponsoren, die bereit sind, uns solche Anzeigen zu finanzieren. Mit einer Spende von 20€ helfen Sie der Arbeit des Gefangenenbriefkontakts. Für die Überweisung Ihrer Spenden benutzen Sie bitte folgende Kontoverbindung:

Humanistische Union Berlin
Konto 10 95 105
Postbank Berlin (BLZ 100 100 10)
Kennwort: Gefangenenanzeigen

Wenn Sie mehr über die Arbeit des Gefangenenbriefkontakts erfahren oder selbst einem Gefangenen schreiben möchten, wenden Sie sich bitte an den Landesverband Berlin der Humanistischen Union:

Sebastian Müller
Tel. 030 204 2504
Fax 030 204 502 57
e-mail: post@hu-bb.de

Hinweis: Alle Spenden an den Gefangenenbriefkontakt sind steuerlich absetzbar. Sie erhalten zu Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung von uns.



Das Kopftuch-Urteil des BVerfG und seine Auswirkungen

1. Die Auffassung des Bundesvorstandes der HU

Der Bundesvorstand hat sich beteiligt an der Kopftuchdebatte mit einer im wesentlichen von Jürgen Kühling ausgearbeiteten Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde der Lehrerin Fereshtha Ludin. Bekanntlich wurde sie nicht als Lehrerin eingestellt, weil sie aus religiösen Gründen ein Kopftuch tragen will. Bei Beginn der Debatte schien eine große Kontroverse im Bundesvorstand zu erwarten - schlussendlich haben wir aber mit großem Konsens eine einhellige Position gefunden: Zwar fordert das Grundgesetz die staatliche Neutralität in religiösen Angelegenheiten, weshalb das Kreuzifix im Klassenzimmer nichts zu suchen hat; wir haben bekanntlich mit Engagement die Kreuzifixentscheidung des Verfassungsgerichts verteidigt. Die Kleidung einer Lehrerin ist aber keine staatliche Veranstaltung, sondern Ausdruck ihrer persönlichen religiösen Entscheidung. Solange die Lehrerin ihre Schüler und Schülerinnen nicht missioniert, muss es ihr daher genauso erlaubt sein, ein Kopftuch zu tragen, wie zahllose Lehrerinnen ein Kettchen mit Kreuz tragen. Dies ist Ausfluss ihres Grundrechts auf Religionsfreiheit und dokumentiert auch in der Schule, dass es in diesem Staate nicht nur Christen gibt, sondern auch andere Religionen; es fördert die Toleranz. (Zitat T. Müller-Heidelberg)

2. Reaktionen von HU-Mitgliedern und Verbänden

Nicht alle Mitglieder/innen teilen die Auffassung des Bundesvorstandes. Teilweise wird die Meinung vertreten, das Kopftuch sei ein Symbol für die Stellung der Frau in der Gesellschaft, genauer ihrer Unterordnung. Diesem Eindruck bei den Kindern müsse entgegengewirkt werden. Andere vertreten die Ansicht, die HU solle das Urteil als Auftakt zur Beseitigung aller Glaubenssymbole im Schulalltag, also auch der kirchlichen Symbole, begrüßen. Nicht geben dürfe es eine völlige multikulturelle Vielfalt. Denn

dies führe zu einer „Theologisierung“ und damit Marginalisierung der Atheisten. Ebenfalls vertreten wir eine Art Dambruchargument: wenn man jetzt nicht strikt reagiere, würde demnächst das Tragen der Gesamtkörperverschleierung gefordert. Eine feministische Position meint in der Zulassung des Kopftuchtragens gar politische Naivität zu erkennen; denn das Kopftuch komme einer Kampf-ansage an die Werte der Gleichberechtigung gleich.

3. Der Fortgang der Debatte

Die Kopftuchdebatte wird derzeit in der Öffentlichkeit breit und unter nahezu allen erdenklichen Perspektiven diskutiert. Damit kommt bereits ein Stück weit die Deutungsoffenheit des Zeichens „Kopftuch“ zum Ausdruck. Von dieser argumentativen Vielfalt unbeeindruckt marschieren die ersten Bundesländer - wie vom HU-Vorstand bereits befürchtet - mit der Einführung von Verboten voran: Baden-Württemberg wird wohl erstes Bundesland werden, danach folgen voraussichtlich schon bald Berlin und das Saarland. Teilweise soll sämtlichen Bediensteten des öffentlichen Dienstes das Tragen von als religiös/weltanschaulich/politisch zu verstehenden Symbolen verboten werden. Offenbar gibt es aber rein zahlenmäßig ein Patt zwischen den ein Verbot befürwortenden sowie den eher skeptischen Bundesländern. Der Flickenteppich Land mit Verbot/ Land ohne Verbot wird schon bald zu einer verblüffenden Uneinheitlichkeit der weltanschaulich-religiösen Lebensverhältnisse in Deutschland führen. Vorauszusehen ist, dass diese Entwicklung zu weiteren Gerichtsverfahren führen wird und dieser Weg den Betroffenen auch tatsächlich offen steht.

4. Der Bundesvorstand hat, angesichts der erkennbar andauernden Aktualität der Debatte sowie der so unterschiedlichen Auffassungen auch innerhalb unseres Verbandes beschlossen, bereits jetzt das Thema „Kopftuchdebatte“ auf die Tagesordnung des nächsten HU-Verbandstages zu setzen. Voraussichtlicher Termin: erste Jahreshälfte 2004.

Irmgard Koll/Nils Leopold

Das Grundrecht auf Unbeobachtetheit auch im Internet erhalten!

HUMANISTISCHE UNION begrüßt Entscheidung des Landgerichtes Frankfurt zugunsten des Anonymisierungs-Projektes AN.ON (JAP)

Im Zeichen von Anti-Terrorkampf und falsch verstandenem Sicherheitsdenken droht das Ende von Unbeobachtetheit und Anonymität. Dabei wächst der Druck von Sicherheitsbehörden auf alle, die sich diesem herrschenden Trend zu widersetzen wagen. Das musste unlängst selbst der Schleswig-Holsteinische Datenschutzbeauftragte erfahren. Wie erst jetzt aus einem dazu veröffentlichten Bericht dieser Behörde hervorgeht, hatte das Bundeskriminalamt Druck auf das von den Holsteinern mitbetriebene innovative Anonymisierungsprojekt AN.ON ausgeübt. Der Internetdienst ermöglicht es datenschutzbewussten Internetnutzern, sich selbst aktiv vor Überwachung durch andere im Internet zu schützen. Im Rahmen eines Strafverfahrens hatte das BKA die Projektbetreiber über die gebotenen notwendigen rechtlichen Beschränkungen hinaus gezwungen, persönliche Daten herauszugeben. Dadurch war eine erhebliche Unruhe in den Reihen der Nutzer entstanden, ob

Anonymität im Rahmen des Dienstes überhaupt noch gewährleistet werden könne. Berufen hatte sich das BKA auf eine Norm, wonach bei „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ Verbindungsdaten der Internetnutzer an die Polizei herauszugeben seien. Diesem Vorgehen hat das Landgericht Frankfurt am Main nun klar widersprochen. Nach Auffassung des Gerichtes genügte die vom BKA angeführte Norm nicht zur Rechtfertigung des erheblichen Eingriffes in die Rechte der Internetnutzer. Es erklärte deshalb die anderslautende Verfügung des Amtsgerichtes Frankfurt für rechtswidrig.

Der Rechtsinformatiker und Bundesgeschäftsführer der HUMANISTISCHEN UNION, Nils Leopold, sieht im Ausgang des Gerichtsverfahrens einen wichtigen Etappensieg beim Erhalt von bürgerrechtlichen Freiheiten in Zeiten des Internet.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Meldungen

„Das BKA wurde durch die Justiz zurückgepfiffen. Es wird Zeit, dass auch die Datenschutzbehörden Konfliktbereitschaft zeigen und sich kämpferisch - notfalls vor Gericht - ihrer Haut erwehren. Denn es ist bemerkenswert, mit welcher zumindest fahrlässiger Zerstörungswut die Sicherheitsbehörden den Ruf selbst innovativer und allseits respektierter Angebote zur anonymen Nutzung des Internet zu beschädigen vermögen. Unter dem Vorwand des Vorgehens gegen einzelne Straftäter geraten zunehmend ganze Infrastrukturen des Alltages unter Überwachung und werden als pauschale Fahndungsnetze missbraucht“.

Das Internet ist bekannt dafür, dass mit jedem Mausklick eine elektronische Spur hinterlassen wird. Die potentiell totale Überwachbarkeit der Nutzer/innen ist die Folge. Das aber kann in einem freiheitlichen und demokratischen

Rechtsstaat nicht hingenommen werden. Die HUMANISTISCHE UNION fordert deshalb die Bundesregierung auf, ihrer Schutzpflicht für die Bürgerrechte effektiv nachzukommen. Moderne und innovative, für alle Bürger geschaffene Datenschutzkonzepte wie AN.ON bedürfen deshalb der Unterstützung. Der Geschäftsführer der HUMANISTISCHEN UNION kommentiert: „Man kann nicht auf der einen Seite mehr Selbstverantwortung der Bürger für den Schutz ihrer Privatsphäre einfordern, jedoch auf der anderen Seite diese dann bei ihren Anstrengungen des Selbstschutzes allein lassen. Auch mögliche Beschädigungen des Vertrauens in Anonymisierungsdienste durch unverhältnismäßige Zugriffe seitens der Sicherheitsbehörden müssen verhindert werden.“

HU-PE Nr. 2 vom 22. September 2003

Bundeswehrraketen gegen Passagiermaschinen

HU: Geplantes Luftsicherheitsgesetz verfassungswidrig

Die HUMANISTISCHE UNION (HU), Deutschlands älteste Bürgerrechtsvereinigung, kritisiert die Einigung zwischen Schily und Struck über ein sog. Luftsicherheitsgesetz, das offenbar dem Bundeskabinett bereits zur Entscheidung vorliegt. Nach den Vorstellungen von Rot-Grün sollen in Zukunft deutsche Bundeswehrsoldaten auf vollbesetzte Passagiermaschinen schießen müssen - sofern ein entsprechender Befehl durch den Verteidigungsminister vorliegt. Ohne erkennbaren Zusammenhang enthält der Gesetzentwurf offenbar auch Pläne zur Schaffung einer Superbehörde „Flugsicherheit“. Ein bürokratischer Moloch, dessen kostenträchtige Errichtung dem alleinigen Ziel dienen soll, eine aus den Datenbeständen verschiedenster Sicherheitsbehörden kombinierte „präventive“ Datensammlung zu schaffen. Ein klarer Verstoß u.a. gegen die im GG angelegte informationelle Gewaltenteilung.

Der Bundesvorsitzende der HU, Reinhard Mokros, kritisiert die Pläne als zur Gefahrenabwehr ungeeignet und im übrigen auch verfassungswidrig: „Das Vorhaben der Bundesregierung erinnert in seiner Unbeholfenheit, aber auch Gefährlichkeit für die Bürgerrechte an vergleichbare Pläne der konservativen US-Administration. Die Bundeswehr ist für den militärischen Einsatz im Innern nach dem Grundgesetz schlicht nicht vorgesehen. Die geplante

Legalisierung ihres Einsatzes wird Anschläge wie diejenigen des 11. September nicht verhindern können. So bringt auch das komplizierte, aber wohlbedachte Gefüge unserer Verfassung durcheinander: Danach ist die Bundeswehr im Grundsatz auf den militärischen Verteidigungsauftrag beschränkt. Der schleichenden Militarisierung von allgemeinen Sicherheitsaufgaben wird auf diese Weise verfassungswidrig Vorschub geleistet. Ein Mehr an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger ist dann mehr als fraglich, wenn Raketen sich gegen die eigene Bevölkerung richten. Stattdessen werden die Zuständigkeiten innerhalb des Sicherheitsapparates zunehmend unüberschaubar.“

Für die öffentliche Sicherheit innerhalb der Landesgrenzen sind allein die Polizeibehörden zuständig. Richtig ist zwar, dass den Sicherheitsbehörden über keine Mittel verfügen, um Passagiermaschinen abzuschießen. Diese benötigen sie jedoch auch gar nicht: Für diesen Fall steht den Sicherheitsbehörden ohnehin das Instrument der Amtshilfe zur Verfügung. Auf diesem Wege ließe sich im äußersten Notfall eine Zuziehung der Bundeswehr rechtfertigen, ohne gleich die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Staatsorganisation zu beschädigen.

HU-PE Nr. 4 vom 30. September 2003

Innensenator gewinnt Big Brother Award

Handymanipulation ohne Rechtsgrundlage gerechtfertigt

Einer der begehrten Big Brother Awards geht in diesem Jahr nach Berlin. Der bekannte Preis von Datenschützern und Bürgerrechtlern wird heute in Bielefeld u.a. an den Berliner Innensenator Dr. Erhardt Körting überreicht. Der Preis wird alljährlich für herausragende Leistungen bei der Demontage des Datenschutzes und der Bürgerrechte verliehen. Mit der Preisverleihung wird der besondere Einsatz Körtings für die umstrittene Fahndungsmethode stille SMS gewürdigt. Mit Hilfe der stillen SMS gelingt es der Berliner Polizei, den Standort von Straftatverdächtigen zu ermitteln. Mittels einer unbemerkt am Handy eingehenden und von der Polizei versandten SMS verrät das Gerät dem Telekommunikationsnetz den jeweiligen Standort des Betroffenen. Körting hatte den Einsatz dieses nach Auffassung von vielen Juristen rechtswidrigen Eingriffs in

Grundrechte mit dem besonders originellen Argument verteidigt, „man müsse sich entscheiden, ob man „Täter oder Opfer von Straftaten schützen wolle“.

Die HUMANISTISCHE UNION, einer der Mitveranstalter des Big Brother Award warnt vor einem zunehmenden Schaden für Grundrechte und Demokratie durch unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe. Sie fordert aktive Schutzmaßnahmen des Staates zur Rettung des in Artikel 10 Grundgesetzes geschützten Fernmeldegeheimnisses. Zahlreiche gesetzgeberische, populistisch motivierte Maßnahmen in der allerjüngsten Zeit drohen, dieses für einen demokratischen Rechtsstaat zentrale Grundrecht zur kleinen Münze verkommen zu lassen.

HU-PE Nr. 5 vom 24. Oktober 2003

Mehr Philosophen braucht das Land!

Zum Beitrag von Konrad Schmidt in den HU-Mitteilungen 181, Juni 2003 (Auszüge)

Die Hauptthese (so ich den Titel des Aufsatzes als solche auffassen darf) "Die Philosophie hat ihre Schuldigkeit getan" ist mit das höchste Lob für die Philosophie, das ich seit langem vernahm. Was gibt es löblicheres über eine Disziplin zu sagen, als dass sie ihre Aufgabe erfüllt hat?

Trotzdem muß ich die These zurückweisen. Zum einen, weil ich die weitverbreitete Ansicht teile, die Philosophie habe mitnichten ihren Aufgabenkatalog abgearbeitet, zum anderen, weil der Aufsatztext selbst wunderliche Gegenthesen aufstellt, die ich großenteils nicht teile und die mich vermuten lassen, der Aufsatztitel ist anders gemeint.

Der Aufsatzschreiber unterliegt, zusammengefasst, einer großen Verwechslung. Er hält die heutige Philosophie für eine esoterische Weltanschauung und verwechselt Rudolf Carnap mit Fritjof Capra und Karl Popper mit Ronald Hubbard.

Ich gehen wir den Aufsatz gemeinsam durch.

"... alle Philosophen haben statt theologischer Gedankengebäude anscheinend den weltlichen Glauben erfunden". Die Philosophie ist keinesfalls ein Ersatzglaube für die Theologie; sie ist - richtig verstanden - keine Weltanschauung. [...] Die Philosophen vertreten untereinander die verschiedensten Positionen. Ihnen allen eine gemeinsame Erfindung zu unterstellen, ist falsch.

"Sie bauen, wie die Gottesverkünder, auf Worte". Das ist völlig richtig. Anders wäre eine Kommunikation nicht möglich. Die Verwendung einer Sprache mit bedeutungsvollen Worten zeichnet gerade den Homo sapiens aus. Da auch Konrad Schmidt, zumindest im Besprechungsobjekt, ausschließlich auf Worten, geordnet zu Sätzen, baut, scheint dies eine angemessene Methode zu sein. [...]

"Sie beharren darauf, dass ihre Begriffe eine größere wissenschaftliche Bedeutung haben, als erfahrungswissenschaftliche Erklärungen". Auch dazu ist mir aus der Gegenwart kein Fall bekannt. Es wäre gut, wenn Konrad Schmidt (auch zu anderen Behauptungen), wenigstens einen oder besser: mehrere Belege gegeben hätte. Begriffe und Erklärungen sind wie Äpfel und Bienen unterschiedliche Dinge, die komparativ einzusetzen als Kategorienfehler Philosophen nicht einfällt. Beide haben wissenschaftliche Bedeutung. Begriffe und erfahrungswissenschaftliche Erklärungen sind entweder disziplin-intern oder disziplin-übergreifend. [...]

Dann folgt der absonderlichste Vorwurf. Während vorher festgestellt wurde, daß die Philosophen auf Worte bauen, ja sich darauf beschränken, wird jetzt weitergehend und fast gegensätzlich behauptet, daß sie die logische Analyse der Sprache vermissen lassen. Der "linguistic turn", ausgelöst durch den Mathematiker und Philosophen Gottlob Frege, vor rund hundert Jahren ist Konrad Schmidt offensichtlich entgangen. Dabei dominierte im Anschluß daran die Sprachphilosophie das gesamte 20. Jahrhundert (manche meinen: überzogen starke Dominanz). Noch nie wurde die logische Struktur der Sprache so eingehend und erfolgreich untersucht. Zum Einstieg empfehle ich "Begriff und Bedeutung" oder "Der Gedanke", beides von Frege und

beides sprachphilosophische Untersuchungen. Tausende weiterer Werke über die Verwendung und Struktur der Sprache und ihrem Bezug zur Welt folgten. [...]

Der zweite Abschnitt "Wundertüte der Metaphysik" beginnt mit einer Auflistung von Worten, die Schmidt als Scheinbegriffe klassifiziert. Warum "Freiheit" und "Gerechtigkeit" allerdings Scheinbegriffe sein sollen, leuchtet mir nicht ein. Es sind wichtige Begriffe der Aufklärung, die geradezu Schlüsselbegriffe der Humanistischen Union sind; zudem Grundpfeiler nicht nur der deutschen Verfassung. Mit Merz und Thierse beruft sich Schmidt auf Politiker, nicht auf Philosophen. Es ist unfair, Politikersprüche den Philosophen unter zu schieben. [...]

Dann straft Schmidt seinen Aufsatztitel selber Lügen, da er beklagt: "Solange das Bedeutungsfeld solcher Ausdrücke nicht eingeschränkt wird ..." Daraus entnehme ich, daß dies - nach Auffassung des Autors - noch nicht geschehen ist. Die Philosophie hat ihre Schuldigkeit noch nicht getan. Sie muß fortfahren diese Begriffe und Wörter zu analysieren. [...]

Im dritten Abschnitt "Auf dem Sockel der Selbsttäuschung" fordert Schmidt, daß die Wissenschaften sich bemühen sollen, auch den Taxifahrer und die Verkäuferin anzusprechen. Teilweise richtig, doch ist das nicht immer machbar. Es gibt zwar den Aufsatz des Philosophen und Logikers George Boolos "Gödel's Second Incompleteness Theorem Explained in Words of One Syllable", aber ob man damit den Taxifahrer und die Verkäuferin anspricht, bezweifle ich. Ganz abgesehen davon, ob den Laien die wichtigen Erkenntnisse für die Menschheit durch den Logiker und Philosophen Kurt Gödel überhaupt interessieren. Ähnliche Schwierigkeiten haben sicher auch die Physiker mit der Quantentheorie einen Hausmeister zu erreichen. Es ist auch fraglich (deshalb schrieb ich "teilweise richtig"), ob jeder Hausmeister und jede Verkäuferin beispielsweise Einzelheiten der mathematischen Graphentheorie kennen muß. [...] Diese Wissenschaftssprache erschließt sich nur demjenigen, der bereit ist, sich mit der Thematik auseinander zu setzen. Wer dies nicht tut, meint dann, die Wissenschaftler (und Philosophen) würden über Transzendenz reden, nur weil sie über schwarze Löcher im Universum spekulieren. Hermann Haken meint zur Bringschuld der Wissenschaft: Sie "fällt dem Wissenschaftler nicht leicht. Es fehlt meist nicht an gutem Willen, aber die Sprache der Wissenschaft ... hat sich so weit von der Umgangssprache entfernt, daß eine Übersetzung schwerfällt" (Haken 16). Man mag dies bedauern, doch zu fordern, die Wissenschaft müsse auch den Berufsschüler erreichen, ist weltfremd und wissenschaftsfern. [...]

Wenn der "Sockel der Selbsttäuschung" und das "Tal der Illusionen" je zutraf, so haben es die meisten Wissenschaftler schon längst verlassen, ohne daß es Konrad Schmidt gemerkt hat.

Im Abschnitt "Wissenschaft ohne Fesseln" geht es munter undurchdacht weiter. Konrad Schmidt und seine Freunde (die der Leser nicht kennt und Konrad nicht nennt) treten

Diskussion

für "eine Wissenschaft ohne autoritäre Vorgaben, ohne metaphysische, also ohne theologische, philosophische oder ideologische Grundlagen" ein. Will Konrad und seine Freunde keine Wissenschaft betreiben? Diese Frage stellt sich nach dieser Forderung aus vielerlei Gründen. Wenn jede Autorität abgelehnt wird, gibt es keinen Cent für die Forschung. Der Staat will Forschung autoritär beeinflussen, die Wirtschaft will selbstverständlich auch die Wissenschaft (soweit sie von ihr finanziert wird) lenken. Was also würde der absolut mittellosen Forschergemeinschaft übrig bleiben? Wohl nur Nachdenken, denn das kostet nichts. Mir

Diskussionsbeiträge sind in den Mitteilungen herzlich willkommen. Senden Sie Ihre Beiträge an die Diskussionsredaktion bitte im Mailkörper (keinesfalls als Anhang) an:

diskussionsredaktion@hu-marburg.de

oder

Franz-Josef Hanke

Furthstr. 6

35037 Marburg

Tel. 06421/6 66 16

Fax: 06421/6 66 17

und vielen anderen wird das nicht genügen. Wissenschaft ist ohne autoritäre Einschränkung kaum möglich. Wissenschaft ist ohne metaphysische Grundlagen unmöglich. Wer nicht die metaphysische Annahme macht, dass die Welt sich morgen zumindest ähnlich verhält wie heute und gestern kann nie Voraussagen treffen und wer nicht die weitere metaphysische Annahme macht, daß das Universum nach Gesetzen abläuft, kann sinnvollerweise kein Naturgesetz aufstellen. Und was wäre eine Wissenschaft ohne Voraussagen und ohne Naturgesetze? Konrad und seine Freunde müssten sich auf Kartenlegen und Kaffeesatzlesen beschränken.

Im nachfolgenden Teil stellt Konrad Schmidt einen Paradigmenwechsel von der Natur- zur Erfahrungswissenschaft seit etwa 1850 fest. Von den Naturgesetzen zur bedingten Regelmäßigkeit. Hier unterliegt der Aufsatz schon wieder einem Trugschluß. Jedes Naturgesetz setzt gewisse Bedingungen voraus. Das geht aus dem sogenannten Hempel-Oppenheim Schema hervor. Die Relativitätstheorie wäre keine ordentliche Theorie, wenn sie nicht gewisse Gesetze postulieren würde. Schmidt geht anscheinend von einem falschen Begriff von Naturgesetz aus, da er sie "und andere absolute Erkenntnisse" in einen Topf wirft. Ich empfehle ein paar grundlegende philosophische Werke dazu zu lesen. Zum Hempel-Oppenheim Schema (siehe Literatur) und *Wissenschaftliche Erkenntnis* von Lauth / Sareiter. Der Philosoph Karl Popper verwandte sein ganzes Leben darauf, der Menschheit einzubläuen, daß alles Wissen nur Vermutungswissen sei. Trotzdem er 92 Jahre alt wurde, starb er anscheinend zu früh. Immer noch kennen nicht alle, die über Wissenschaft schreiben, diese philosophische Grundlage.

Dann wird es im Aufsatz noch schärfer. Jetzt ist laut Schmidt gar das Wort "Wissenschaft" überkommen. Nun kann "überkommen" im Sinne von herkömmlich gemeint sein oder im Sinne von überholt. Wenn das Wort Wissenschaft "überkommen" ist, dann a fortiori die Erfahrungswissenschaft. Will Schmidt auch die Berufung auf die Erfahrung abschaffen?

Der nächste Vorwurf gilt den antiken Philosophen und Naturwissenschaftlern, in Metaphysik verstrickt, hielten sie sich doch für Wissenschaftler. Ich kenne das Selbstverständnis Demokrits und Aristoteles nicht so genau. Ich halte es aber für mehr als angebracht, daß sie und viele andere antike Philosophen als erste Wissenschaftler gelten. [...]

Ob und inwieweit die Philosophie Wissenschaft sei, darüber läßt sich mächtig streiten. Ich gebe zu bedenken, daß Logik und Wissenschaftstheorie weithin als Teildisziplinen der Philosophie angesehen werden. Diesen beiden Gebieten den Wissenschaftsstatus abzusprechen ist starker Tobak. Nach der Klärung des Begriffs Wissenschaft wäre ich zu einer weitergehenden Diskussion der Frage: Ist Philosophie Wissenschaft und wenn ja, mit welchen Einschränkungen? bereit. Zur Aberkennung des Wissenschaftlerstatus für Philosophen beruft sich Konrad Schmidt gerade auf die Philosophen Russell, Wittgenstein und Carnap. Ich denke, es ist unredlich, Philosophen in die "Wundertüte der Metaphysik" zu stecken, sie allerdings zur Belegung der eigenen Thesen wieder daraus hervor zu zaubern. [...]

Defizite, die Schmidt so vehement aufgreift, lassen sich nicht abschaffen, indem man die Disziplin, die sich der Beseitigung dieser Defizite seit Jahrtausenden annimmt, die Philosophie, aus der Universität verbannt. Im Gegenteil: nimmt man Schmidts Lückenfeststellung ernst, muß der Etat für Philosophie an den Universitäten vervielfacht werden.

Die Stellungnahme zu den beiden letzten Abschnitten "Im Weg: Die Kaste der Gebildeten" und "Den Ideologien die Giftzähne ziehen" überlasse ich - da weniger die Philosophie betreffend - den angesprochenen Bildungspolitikern, Soziologen und Politikwissenschaftler. Nur zwei Anmerkungen:

1. Weiter oben beklagte Schmidt die Ausschaltung des Verstandes. Jetzt sind diejenigen, die den Verstand gebrauchen - dies reklamiere ich für die Gebildeten - eine Kaste und im Wege.
2. Wer sich für Aufklärung stark macht ("Für Aufklärung ... möglichst vieler Menschen setze ich mich ein") will gerade aus den Ungebildeten Gebildete machen und damit die Kaste der Gebildeten verstärken. Das steht im Widerspruch zur Abschnittsüberschrift: "Im Weg: Die Kaste der Gebildeten". Vielleicht ist das ein versteckter Aufruf: mehr Philosophen braucht das Volk.

Herbert Huber

Anmerkung der Redaktion:

Der vollständige Text von Herbert Huber samt Literaturhinweisen kann über die Geschäftsstelle bezogen werden.

Aus den Landesverbänden

Landesverband Berlin

Landesgeschäftsstelle im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
 Telefon: 030 - 204 25 04 Fax: 030 / 204 502 57
 e-mail: post@hu-bb.de Internet: www.hu-bb.de
 Bürozeiten: Mo 10-15 Uhr und Mi 16-20 Uhr
 Aktiventreffen alle zwei Wochen mittwochs um 19.00 Uhr

27. November 2003 ab 19.00 Uhr:
 Endstation Guantanamo? Republikanische Vesper zum Umgang mit terrorismusverdächtigten Gefangenen
 (Havemann-Saal im Haus der Demokratie und Menschenrechte)

Bildungswerk der HU NRW

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
 Telefon: 0201 - 22 79 82 Fax: 0201-23 55 05
 e-mail: buero@hu-bildungswerk.de
 Internet: www.hu-bildungswerk.de

Ortsverband Essen / Landesverband NRW

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
 Telefon: 0201 - 22 89 37
 e-mail: hu-nrw-essen@hu-bildungswerk.de

Ortsverband Düsseldorf

c/o Hildegard Beine, Bankstr. 42, 40476 Düsseldorf
 Telefon: 0211 - 68 35 24
 Treffen jeden zweiten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Bürgerhaus „Salzmannbau“, Himmelgeister Str. 107, Düsseldorf

Ortsverband Frankfurt / Main

c/o Peter Menne, Speyerstr. 16, 63065 Offenbach,
 Telefon: 069 - 800 47 17, e-mail: peter_menne@t-online.de
 oder Schatzmeister: Klaus Scheunemann, Wilhelm-Busch-Str. 45, 60431 Frankfurt, Tel. 069 - 52 62 22

Geplant ist eine Veranstaltung mit Reinhard Mokros im Januar 2004 (nähere Informationen über die Kontaktadressen).

Im April nächsten Jahres findet unter dem Titel „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ eine Autorenlesung mit Fritz Buggle statt.

Landesverband Hamburg

c/o Hauke Borchert, Tel. 040 - 7 39 51 34

Raum Mainz-Wiesbaden

c/o Joachim John, Sedanstraße 7, 65183 Wiesbaden,
 Tel. 06 11 - 40 61 24, Telefax: 01212 - 5 10 98 15 74

Ortsverband Marburg

c/o Franz-Josef Hanke, Furthstr. 6, 35037 Marburg
 Tel. 0 64 21 - 6 66 16, e-mail: ortverband@hu-marburg.de
 Internet: www.hu-marburg.de
 Der Diskussionskreis „Humanismus, Bürgerrechte, Friedensarbeit“ hat eine Mailingliste (Eintrag über rink@hu-marburg.de oder http://www.hu-marburg.de/hbf)

„Sparen durch Schikane? - die Praxis des Arbeitsamts Marburg“ ist der Titel einer öffentlichen Veranstaltung am Dienstag (25. November) im Marburger Gewerkschaftshaus. Sie wird vom HU-Ortsverband Marburg in Zusammenarbeit mit dem DGB-Arbeitslosenkreis organisiert. Referenten sind Frank Rentschler vom

DGB-Alokreis und Dr. Georg Hallenberg. Die Diskussion beginnt um 19.30 Uhr.

Der HU-Ortsverband Marburg hat beschlossen, eine Fallsammlung mit Beschwerden von Erwerbslosen über das Arbeitsamt Marburg anzulegen. Schon jetzt enthält sie einige haarsträubende Fälle.

Für eine Abschaffung des Paragraphen 103 im Strafgesetzbuch hat sich der HU-Ortsverband Marburg am 28. Oktober ausgesprochen. Der sogenannte „Schah-Paragraph“ stellt die „Beleidigung eines ausländischen Staates oder seiner Vertreter“ unter Strafe.

Landesverband Niedersachsen

c/o Ute Kühling, Lister Str. 21 30163 Hannover oder Klaus Rauschert, Akazienweg 13, 31832 Springe
 Telefon: 05041-8369

Regionalverband Nordbayern / Ortsverband Nürnberg

c/o Irene Maria Sturm, Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf,
 Tel. 094 31 - 4 23 48 (Fax -42954), e-mail: i.sturm@sadnet.de
 oder Sophie Rieger, Günthersbühlerstr. 38, 90491 Nürnberg,
 Telefon: 0911 - 59 15 24

Regionalverband München

c/o Wolfgang Killinger, Paul-Hey-Strasse 18, 82131 Gauting
 Telefon: 089 - 850 33 63, Fax: 089 - 89 30 50 56
 (neue) e-mail: humanistische-union@link-m.de
 Internet: http://www.humanistische-union.de/suedbayern

Bildungswerk der HU Bayern e.V.

Enhüber-Treff - Zentrum für Humanismus, Soziale Dienste, Kunst und Wissenschaft, Enhüberstr. 9, 80333 München
 Infos zu Büchern, Treffen und Terminen des Bildungswerks der HU Bayern über Johannes Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing Tel. 089 - 8 54 26 09

Weitere Ortsverbände und Kontaktadressen sind über die Bundesgeschäftsstelle der HUMANISTISCHEN UNION E.V. zu erfahren.

Weitere Veranstaltungshinweise

Die neuesten Veranstaltungsinfos auf der HU-Homepage:
<http://www.humanistische-union.de/termine>

Am 15. November 2003 findet im Hotel „Mercure“ in Mainz eine Fachtagung mit dem Titel „Sexualität und Recht“ statt. Die Veranstaltung beginnt um 9.00 Uhr und endet gegen 17.30 Uhr.

Aus juristischer, kriminologischer, psychologischer und kriminalistischer Sicht werden einzelne Problemfelder im Spannungsfeld von Sexualität und Recht beleuchtet. Die HU ist mit drei Vorstandsmitgliedern als Referenten vertreten. Neben Professor Fritz Sack und Rechtsanwalt Ulrich Fuchs wird auch der Bundesvorsitzende Reinhard Mokros ein Referat halten und über eine Untersuchung des Bundeskriminalamtes zu Vorfällen von Vergewaltigern berichten.

Für die Teilnahme an der Veranstaltung wird ein Kostenbeitrag von 9 € pro Person erhoben.

Bundesweiter Karikaturwettbewerb

Die HUMANISTISCHE UNION prämiiert in Kooperation mit dem Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon in Hannover die besten Karikaturen zum Thema:

Überwachungs- und Kontrollgesellschaft. Kultur des Verdachts. (Ich hab doch nichts zu verbergen!)

Der Karikaturwettbewerb findet im Rahmen des in Hannover gemeinsamen ausgerichteten Kulturprojekts „Innere Sicherheit“ statt. Der Wettbewerb richtet sich an Nachwuchstalente, denen es gelingt, sich heiter kritisch mit der Entwicklung der internationalen und nationalen Sicherheitslage auseinander zu setzen. Daneben sind - außer Konkurrenz - „Stars“ der Szene angefragt, Beiträge zu liefern. Es können Arbeiten aus den Bereichen Zeichnung, Fotografie, Malerei und bei computergestützten Bildbearbeitungen mit einem gut publizierbaren Foto eingereicht werden. Eine Expertenjury vergibt an die besten drei Einsendungen Preisgelder. Die besten Arbeiten werden in zwei Ausstellungen in Berlin und Hannover gezeigt und im Anschluss veröffentlicht.

Einsendeschluss: 15. Januar 2004

Ausschreibungsunterlagen erhältlich ab 15. Oktober 2003 unter www.humanistische-union.de

oder bei:

*Humanistische Union e.V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Tel.: 030/20450256
smueller@humanistische-union.de*



Neuer HU-Arbeitskreis Psychiatrie formiert sich

Nachdem von verschiedenen Seiten Interesse bekundet worden ist, das Thema "Psychiatrie" in der HU wieder zu beleben, hat sich nun unser Mitglied Herr Friedrich Nolte (Psychologe), München, bereit erklärt, die Koordinierung zu übernehmen und als Kontaktperson zur Verfügung zu stehen. Er hat bereits ein (vorläufiges) Konzept mit Arbeitsschwerpunkten erstellt, die u. a. Forensische Psychologie und Justiz, Psychiatrie und Familie, Gerontopsychiatrie, Betreuungen, ambulante psychiatrische Versorgung sowie die Zustände in psychiatrischen Einrichtungen umfassen. (Der vollständige Text kann in der HU-Geschäftsstelle angefordert werden.)

Wir hoffen auf weitere Interessierte, die sich bitte wenden an:

*Herrn Friedrich Nolte
Färbergraben 4
80331 München
[e-mail: noltemuenchen@compuserve.de](mailto:noltemuenchen@compuserve.de)*

Deutsche Post AG – Postvertriebsstück A 3109 F – Entgelt bezahlt
Humanistische Union e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Impressum

Verlag: Humanistische Union e.V.
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel. 030 – 204 502 56 Fax: 030 – 204 502 57
e-mail: info@humanistische-union.de
www.humanistische-union.de

Bank: Konto 19 88 66 98 bei der SEB AG (BLZ 100 101 11)

Diskussionsredaktion: Franz Josef Hanke
Furthstraße 6, 35037 Marburg
e-mail: diskussionsredaktion@hu-marburg.de

Redaktion: Nils Leopold (via Verlag)

Satz: Sven Lüders (slueders@surfeu.de)

Druck: hinkelstein druck, Berlin

Erscheinungsweise der MITTEILUNGEN: vierteljährlich
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für den Inhalt der namentlich gezeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Kürzungen bleiben der Redaktion vorbehalten.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. November 2003
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 15. Februar 2004

ISSN 0046-824X

Elektronische Informationen

Für Mitglieder und FreundInnen der Humanistischen Union bieten wir alternativ zur Papierform einen elektronischen Bezug der MITTEILUNGEN und anderer Informationen der HU an. Das ist bequemer für Sie und spart Kosten. Einfach ausgefüllten Schnipsel an die HU-Geschäftsstelle senden.

Name, Vorname

e-mail

Telefon

Fax

Gewünschte Informationen (bitte ankreuzen):

- MITTEILUNGEN elektronisch
- Newsletter Bundesverband
- Pressemitteilungen Bundesverband
- Veranstaltungstermine Bundesverband
- Informationen des Bundesvorstands (nur für Mitglieder!)
- Pressemitteilungen LV Berlin
- Veranstaltungstermine LV Berlin

(weitere Verteiler sind im Aufbau)